



Die Osterholzer Stadtwerke engagieren sich in vielfältiger Weise für die Energiewende, so wie mit dem Bürgersolkraftwerk auf dem Dach der Grundschule in Lilienthal-Falkenberg (Foto). Die Rückendeckung für Projekte dieser Art fordert der regionale Energieversorger im Rahmen einer bundesweiten Initiative von der neuen Bundesregierung.

## Stadtwerke bekennen sich zum Klimaschutz

### Initiative erwartet Rückendeckung von der Bundespolitik

(Osterholz-Scharmbeck / 18.09.2017). Die Osterholzer Stadtwerke beteiligen sich an einer bundesweiten Initiative und bekennen sich eindeutig für den Klimaschutz. Rund 60 Stadtwerke und Regionalversorger aus ganz Deutschland haben die „Stadtwerke-Allianz für Klimaschutz“ ins Leben gerufen. In einer gemeinsamen Erklärung appellieren sie an die aktuelle und zukünftige Bundespolitik, den deutschen Klimaschutzzielen wieder die notwendige politische Bedeutung in der Energiewende beizumessen.

„Seit vielen Jahren engagieren wir uns hier in der Region mit hohem Aufwand und in vielfältiger Weise für den Klimaschutz“, erklärt Christian Meyer-Hammerström, Geschäftsführer der Osterholzer Stadtwerke. Dazu zählen Blockheizkraftwerke, die vier Bürgersolkraftwerke, die Beteiligung an Wind- und Solarparks im Bundesgebiet sowie die Förderung der Elektromobilität mit den ersten öffentlichen Ladesäulen im Landkreis Osterholz.

„Die Energiewende braucht dezentrale Projekte und wir tragen dazu mit unseren regionalen Leistungen maßgeblich bei. Wir unterstützen unsere Kunden mit unseren Förderprogrammen zum Energiesparen und bieten ihnen auch einen günstigen Weg zu einer neuen Heizung oder Photovoltaikanlage. Dazu investieren wir jährlich mehrere Millionen Euro in den Ausbau unserer Netze und Anlagen.“

Die Initiative erwartet von der der künftigen Bundesregierung, dass sie den Klimaschutzplan 2050 sehr schnell in konkrete und politische Maßnahmen umsetzt. „Wir Stadtwerke sind bereit, mit unserer lokalen Verantwortung weiterhin unseren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten, aber dafür brauchen wir die politische Rückendeckung“, erklärt Meyer-Hammerström.